

## **53. Jahreshauptversammlung der Freien Wähler am**

**25. April 2009 in Mannheim**

**Heinz Kälberer, Landesvorsitzender**

### **Kommunalwahlen am 7. Juni 2009**

Die Freien Wähler sind mit 44 % aller Gemeinderatssitze stärkste kommunalpolitische Kraft in den Städten und Gemeinden unseres Landes. In den Landkreisen haben sie landesweit nach der CDU die meisten Sitze. Viele parteilose Bürgermeister und Oberbürgermeister kandidieren bei der Kreistagswahl auf den Listen der Freien Wähler.

Entscheidend für die bevorstehenden Kommunalwahlen ist, dass wir in der Bevölkerung angesehene Frauen und Männer auf unseren Listen haben. Das war auch bisher unser Erfolg.

Die Kommunalwahl unterscheidet sich grundsätzlich von den Wahlen zum Landtag, zum Bundestag oder in das Europäische Parlament. Bei den Kommunalwahlen wird die Bewerberin oder der Bewerber direkt vom Bürger gewählt. Bei den anderen Wahlen entscheidet die Partei durch die Platzierung ihrer Kandidaten wer in das Parlament einzieht. Die Bürger können nur die Liste wählen.

Da es in der Kommunalpolitik um sachbezogene Entscheidungen vor Ort geht, vielfach um das Abwägen gegensätzlicher Interessen unserer Bürger, gibt es auch bei uns kein landesweites „Parteiprogramm“.

In der Kommunalpolitik darf auch nicht der „politische Gegner“ im Mittelpunkt stehen. Gerade das ist es vor allem auch, was auf anderen Politikerebenen zur Verdrossenheit beim Bürger führt. Er spürt, dass es vielfach nicht mehr um ihn, sondern in der Auseinandersetzung eben um den „politischen Gegner“ geht.

Glaubwürdigkeit bedeutet auch, dass wir auf kommunaler Ebene der „besten Idee“ zum Durchbruch verhelfen, auch dann, wenn sie zuerst von einer anderen Fraktion kommt. Das erwarten zu Recht unsere Bürger von den kommunalen Mandatsträgern.

### **Investitionspakt 2009**

Durch den Investitionspakt 2009 erhalten die Kommunen zur energetischen Sanierung von Schulen, von Kindergärten, Sportstätten und sonstiger sozialer Infrastruktur Zuschüsse. Dieser Investitionspakt ist vor

dem Hintergrund der Wirtschaftskrise zu sehen. Die Kommunen haben zwischenzeitlich die Anträge beim Land gestellt.

Die anhaltende Wirtschaftskrise wird in diesem Jahr auch bei den Städten und Gemeinden zu dramatischen Einnahmeverlusten führen. Allein bei der Gewerbesteuer ist bundesweit mit einem Rückgang um bis zu 18 % zu rechnen. Das bedeutet bundesweit rd. 8 Milliarden Euro weniger für die Kassen der Kommunen.

Den Wenigereinnahmen stehen neue Aufgaben gegenüber. Der Ausbau der **Kleinkinderbetreuung** hat in den Städten und Gemeinden hohe Priorität. Im Vergleich zum Jahr 2002 sind bis März 2008 bundesweit rd. 174.000 neue Plätze für unter dreijährige Kinder geschaffen worden. „Ein bedarfsgerechtes, hochwertiges Betreuungsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für junge Familien und daher für unsere Städte und Gemeinden ein wichtiger Bestandteil kommunaler „Bildungslandschaften“, so hat es unser Gemeindetagspräsident Roger Kehle kürzlich formuliert.

### **Wirtschaftskrise auch als Chance nutzen**

Zurückgehende Einnahmen bei den öffentlichen Haushalten, gleichzeitig Konsolidierung unserer Haushalte und die Bewältigung neuer Aufgaben

– das macht auch die Kommunalpolitik in den kommenden Jahren schwieriger. Wir sind auf unserer Ebene dafür verantwortlich.

Zu jedem neuen Gesetz gehört eine Schuldenverträglichkeitsprüfung, das zusätzliche Leistungsansprüche normiert oder bestehende Leistungen des Staates erhöht. Es ist Aufgabe der Politik dafür in den nächsten Jahren – weit über eine einzelne Legislaturperiode hinaus – zu werben. Die Politik hat über Jahrzehnte den Bürger daran gewöhnt, dass es immer mehr und bessere Leistungen vom Staat gibt und niemand hat gefragt, woher das Geld kommt. Das Bewusstsein, dass der Staat nur das Geld verteilen kann, das er vorher den Bürgern abgenommen hat, ist zu sehr verkümmert.

### **Bürokratieabbau**

Die Wirtschaftskrise sollte auch für einen radikalen Bürokratieabbau genutzt werden. Die EU-Kommission schätzt das europaweite Einsparpotenzial durch Bürokratieabbau auf 150 Milliarden Euro ein. Es sollte über dieses Thema jetzt nicht nur geredet, sondern es muss gehandelt werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat dazu mehrere Vorstöße unternommen.

## **Europawahl 2009**

Am 7. Juni findet auch die Europawahl statt. Eine „sonstige politische Vereinigung“ unter dem Namen Freie Wähler tritt auch bei der Europawahl an. Auch in Baden-Württemberg. Diese Liste wird vom Bundesverband der Freien Wähler unterstützt. Präsidium und Vorstand unseres Landesverbandes haben einmütig beschlossen, aus dem Bundesverband auszutreten. Wir wollen unsere Glaubwürdigkeit bewahren. Wir können nicht auf der einen Seite als überparteiliche Kraft bei den Kommunalwahlen antreten und dann bei den Europawahlen „Partei“ sein. Ich habe für dieses Verhalten von vielen Freien Wählern ganz überwiegend Zustimmung erfahren.

Zwischenzeitlich hat dieses Thema für breite Berichterstattung in den Medien gesorgt, da festgestellt wurde, dass in neugegründeten Landesverbänden wie Bremen und Brandenburg „Rechtspopulisten“ die Freien Wähler unterwandert haben.

Am 7. Juni werden 736 Abgeordnete in 27 EU-Staaten gewählt. 99 Abgeordnete kommen aus der Bundesrepublik. Selbst wenn eine Handvoll Freier Wähler den Einzug in das Europaparlament schaffen sollten, muss die Frage erlaubt sein, was sie da bewegen können.

Ich sage: Freie Wähler gehören in die kommunalen Gremien und die Parteien nach Europa.